

Es informiert Sie Bettina Granitzki
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de
Datum 07.02.2006
Drucks. Nr. VO/0167/06
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
15.02.2006	Hauptausschuss
20.02.2006	Rat der Stadt Wuppertal

**Resolution gegen Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 7. Februar 2006**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge folgende Resolution an den Kommunalen Arbeitgeberverband NRW beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert den Verband auf, die geplante Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit zurück zu nehmen.

Begründung:

Die 38,5-Stunden-Woche für kommunale ArbeitnehmerInnen muss bleiben:

Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde weiteren Stellenabbau mit der Folge weiterer Arbeitsverdichtung bedeuten.

Anderthalb Stunden sollen in der Woche zusätzlich gearbeitet werden. Das sind täglich 18 Minuten mehr. Wenn 100 Beschäftigte täglich 18 Minuten mehr arbeiten, so sind das in der Woche 150 Stunden. Bei einer 38,5-Stunden-Woche entspricht das einem Personalabbau von 3,9 Stellen. Für die verbleibenden ArbeitnehmerInnen bedeutet das unbezahlte Mehrarbeit und Arbeitszeitverdichtung, die im letzten Jahrzehnt stark zugenommen hat. Da die Beschäftigten eine weitere Leistungsverdichtung nicht mehr bewältigen können, wird der Stellenabbau mit einem Leistungsabbau für die BürgerInnen einhergehen.

Um die Haushaltsprobleme der Gemeinden zu lösen, sollen jetzt kommunale Beschäftigte für die verfehlte Steuerpolitik zur Finanzierung der Gemeinden bezahlen.

Eine Arbeitszeitverlängerung bringt scheinbar kurzfristig weniger Druck auf die öffentlichen Haushalte.

Doch das Grundübel bleibt: An der Einnahmeseite wird nichts geändert. Wir fordern eine gerechte Besteuerung aller Einkommen und Gewinne sowie eine radikale Reform der Gemeindefinanzen, die den Kommunen eine dauerhafte und solide Finanzbasis garantiert.

Arbeitszeitverlängerung bedeutet Lohnsenkung und damit Kaufkraftverlust.
Kaufkraftverlust bedeutet den Verlust von noch mehr Arbeitsplätzen mit allen
bekannten Folgen für das Steueraufkommen sowie die Einnahmen-Ausgaben-Seite der
Sozialversicherungen.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender